

SCHWEIZERISCHE MEDIZINISCHE INTERFAKULTÄTSKOMMISSION

COMMISSION INTERFACULTES MEDICALE SUISSE

Organisationsstatut

Statut d'organisation

Vereinbarung Nr. 1 von 1964, ersetzt durch Vereinbarung Nr. 2 (Beschluss vom 25. Februar 1971/18. Mai 1971). Ergänzt durch Beschlüsse vom 3. November 1980, 3. Juni 1981, 12. Mai 1982, 16. November 1983, 6. März 1985, ergänzt durch Beschlüsse vom 15. November 2017 / 7. März 2018, vom 10. März 2021, vom 17. November 2021, vom 11. Juni 2025

Convention no 1 de 1964, remplacée par la convention no 2 (décision des 25 février 1971/18 mai 1971). Complétée par les décisions des 3 novembre 1980, 3 juin 1981, 12 mai 1982, 16 novembre 1983 et 6 mars 1985, complétée par les décisions du 15 novembre 2017 / du 7 mars 2018, du 10 mars 2021, du 17 novembre 2021, du 11 juin 2025

I.

Die Schweizerische Medizinische Interfakultätskommission (SMIFK)¹ ist eine Arbeitsgemeinschaft der für die Ausbildung und Erziehung zum Arzt verantwortlichen Fakultäten und weiterer an dieser Aufgabe beteiligter und interessierter Organisationen.

II.

Zusammensetzung

Die Kommission besteht aus den Delegierten der angeschlossenen Fakultäten und Organisationen und dem Vorstand. Es können Expertinnen und Experten beigezogen und Gäste eingeladen werden.

1. Delegierte

Die Amtsdauer der Delegierten wird von den abordnenden Instanzen festgelegt, soll aber mindestens ein Jahr und höchstens vier Jahre betragen. Wiederwahl ist möglich. Die Namen der Delegierten sowie eine gleiche Zahl von Ersatzdelegierten sind dem Sekretariat der SMIFK mitzuteilen.

Die Delegierten mit Stimmrecht sind bei Sitzungsabwesenheit nicht vertreten, es sei denn durch den von der abordnenden Instanz gewählten Ersatzdelegierten. Jeder anwesende Delegierte hat 1 Stimme.

1.1 Fakultäten

Grundsatz:

- Fakultäten, die einen Bachelor-Studiengang in Humanmedizin anbieten, haben Anrecht auf einen Delegierten;
- Fakultäten, die einen Master-Studiengang anbieten, haben Anrecht auf einen Delegierten;
- Fakultäten, die einen Bachelor- und einen Masterstudiengang anbieten, haben Anrecht auf zwei Delegierte;
- Fakultäten, die zu einem Studiengang mindestens 90 ECTS an ihrem Standort ohne Einrechnung der Masterarbeit beitragen und bei denen die Studenten immatrikuliert sind, haben Anrecht auf einen Delegierten;
- Fakultäten, die weniger als 90 ECTS zu einem Studiengang beitragen, haben das Recht, eine Person als Gast (vgl. Ziff. II.3.) teilnehmen zu lassen;
- Fakultäten, die einen Bachelor- oder Masterstudiengang vorbereiten, haben das Recht eine Person als Gast (vgl. Ziff. II.3.) teilnehmen zu lassen.

¹ Nachfolgend Kommission genannt

Medizinische Fakultäten der Universitäten Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich	je	2 Delegierte
Mathematisch-Naturwissenschaftliche und Medizinische Fakultät der Universität Freiburg		2 Delegierte
Medizinische Fakultät der Università della Svizzera italiana		1 Delegierter
Departement Gesundheitswissenschaften und Technologie der Eidg. Technischen Hochschule Zürich		1 Delegierter
Fakultät für Gesundheitswissenschaften und Medizin der Universität Luzern		1 Delegierter
School of Medicine der Universität St. Gallen		1 Delegierter
Fakultät für Naturwissenschaften, Universität Neuenburg		0 Delegierte

1.2 Verbände

- Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte (FMH)	2 Delegierte
- Verband Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO)	2 Delegierte
- Swiss Medical Students' Association (swimsa)	2 Delegierte

1.3 Ämter und andere Institutionen

Bundesamt für Gesundheit BAG	1 Delegierter
Medizinalberufekommission MEBEKO	1 Delegierter
Eidgenössisches Departement VBS ASTAB - Sanität	1 Delegierter
Schweizerische Hochschulkonferenz SHK	1 Delegierter
Schweizerisches Institut für ärztliche Weiter- und Fortbildung (SIWF)	1 Delegierter

2. Expertinnen und Experten

Zur Bearbeitung von Spezialproblemen können vorübergehend oder dauernd Expertinnen und Experten beigezogen werden, insbesondere für Ausbildungs- und Examensforschung, Katastrophenmedizin, Einsatz von Ärztinnen und Ärzten in der dritten Welt, etc.

Expertinnen und Experten werden auf Vorschlag des Präsidenten von der SMIFK ernannt.

3. Gäste

Dekaninnen und Dekane der angeschlossenen Fakultäten (Ziffer 1.1) sowie Präsidentinnen und Präsidenten und Direktorinnen und Direktoren der angeschlossenen Verbände, Ämter und Institutionen (Ziffer 1.2 und 1.3), die nicht ordentliche Delegierte sind, sind als ständige Gäste zu den Sitzungen der SMIFK eingeladen.

Eine Vertretung der Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren ist als ständiger Gast zu allen Sitzungen der SMIFK eingeladen.

Die Faculté des sciences, Université de Neuchâtel ist mit einer Vertretung als ständiger Gast zu allen Sitzungen der SMIFK eingeladen.

Die naturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten Basel, Bern, Genf, Lausanne und Zürich sind zusammen mit zwei Vertretungen als ständige Gäste zu allen Sitzungen der SMIFK eingeladen.

Fakultäten, die weniger als 90 ECTS zu einem Studiengang beitragen, sind als ständige Gäste mit einer Vertretung zu allen Sitzungen der SMIFK eingeladen.

Die Präsidentin oder der Präsident der Prüfungskommission Humanmedizin sowie eine Vertretung von swissuniversities sind als ständige Gäste zu allen Sitzungen der SMIFK eingeladen.

Fakultäten, die einen Studiengang vorbereiten, können auf Einladung des Präsidenten allen Sitzungen der SMIFK als Gäste beiwohnen.

Die Einladung weiterer Gäste ist dem Präsidenten der SMIFK freigestellt.

4. Vorstand

Aus der Mitte der Delegierten der Fakultäten wählt die Kommission einen Präsidenten und einen Vizepräsidenten, deren Amtsdauer vier Jahre beträgt. Die Wahl erfolgt mit dem einfachen Mehr der anwesenden Delegierten. Der Präsident scheidet als Vertreter seiner Fakultät aus, welche an seiner Stelle einen neuen Delegierten bestimmt.

Der Präsident erledigt zusammen mit dem Sekretariat die laufenden Geschäfte und bereitet die Sitzungen der Kommission vor. Er vertritt die SMIFK nach aussen.

Der Vizepräsident vertritt den Präsidenten im Verhinderungsfall.

Das Sekretariat der SMIFK wird durch das Generalsekretariat der FMH Verbindung der Schweizer Ärztinnen und Ärzte besorgt.

III.

Aufgaben

Die Kommission hat folgende Aufgaben:

1. Die gegenseitige Information der in der Kommission zusammengeschlossenen Fakultäten und Organisationen, mit dem Ziel

2. der Koordination der Lehrpläne und Unterrichtsmethoden der Fakultäten im Hinblick auf die Ausbildung für das eidgenössische Arztdiplom im Sinne des Bundesgesetzes über die universitären Medizinalberufe (Medizinalberufegesetz, MedBG) vom 23. Juni 2006.
3. Die Bearbeitung von Fragen der Zielsetzung des Medizinstudiums, der Ausbildung der Medizinstudentinnen und Medizinstudenten, der Prüfungen für das eidgenössische Arztdiplom und der Weiterbildung der Ärztinnen und Ärzte.
4. Die Vertretung der Fakultäten und angeschlossenen Organisationen als Gesamtheit bei den eidgenössischen und kantonalen Behörden und Dienststellen, insbesondere bei der Schweizerischen Hochschulkonferenz, dem Schweizerischen Wissenschaftsrat und der MEBEKO.

IV.

Arbeitsweise

1. Die Kommission tritt mindestens zweimal pro Jahr zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Sie wird vom Präsidenten einberufen und geleitet. Die Einladung mit Traktandenliste wird den Delegierten wenigstens vier Wochen im Voraus zugestellt. Ein Exemplar der Einladung mitsamt Traktandenliste wird gleichzeitig den Dekaninnen und Dekanen und Vorsitzenden der angeschlossenen Institutionen zur Orientierung zugestellt. Delegierte, die verhindert sind, an einer Sitzung teilzunehmen, sorgen für ihre Vertretung durch einen Ersatzdelegierten.
2. Zwei Fakultäten mit einer der angeschlossenen Organisationen oder zwei Organisationen mit einer Fakultät können jederzeit beim Präsidenten die Einberufung einer ausserordentlichen Sitzung beantragen. Im Antrag ist das Traktandum anzugeben und zu begründen. Der Präsident setzt mit möglicher Beschleunigung den Termin fest und erlässt die Einladung.
3. Die Kommission ist beschlussfähig, wenn 8 der 10 Fakultäten vertreten und 11 der 16 Delegierten anwesend sind.
4. Die Kommission berät in freier Aussprache und führt ihre Abstimmungen offen durch. Auf übereinstimmenden Antrag der Delegierten einer Fakultät oder Organisation muss die Abstimmung geheim durchgeführt werden.
5. Die Kommission kann die Vorbereitung oder Bearbeitung bestimmter Geschäfte einzelnen Persönlichkeiten übertragen oder Spezialkommissionen, die sie nach Ermessen bestimmt, einsetzen. Die eingesetzten Spezialkommissionen erstatten der Kommission periodisch, mindestens aber einmal pro Jahr schriftlich Bericht und gegebenenfalls Antrag. Ihre Mitglieder nehmen an den Beratungen der Kommission über ihr Sachgebiet teil, besitzen jedoch nur Stimmrecht, wenn sie

ordentliche Delegierte sind. In gleicher Weise kann die Kommission zu ihren Beratungen Experten beiziehen.

6. Über die Beratungen der Kommission wird vom Sekretariat ein schriftliches Protokoll erstellt, das den Delegierten abgegeben wird.
7. Vorbereitung der Geschäfte
Der Präsident kann zur Vorbereitung der Geschäfte und zur Vertiefung der interfakultären Koordination eine Konferenz der Dekaninnen und Dekane einberufen.
8. Finanzierung
An die Kosten der ordentlichen Aufwendungen (Arbeitsaufwand, Porto und Material des Sekretariates, Spesen des Präsidenten etc.) leisten die angeschlossenen Fakultäten, Verbände, Ämter und Institutionen mit Stimmrecht Beiträge. Davon ausgenommen ist die swimsa. Die Kommission bestimmt die Höhe dieser Beiträge, betreffend die Fakultäten unter Berücksichtigung des Anteils der einzelnen Fakultäten am Gesamtstudium. Die Jahresrechnung wird der Kommission zur Genehmigung vorgelegt.

Die Entschädigung der Delegierten für Arbeit und Spesen erfolgt durch die abordnenden Fakultäten, Verbände, Ämter und Institutionen nach freiem Ermessen.

Für ausserordentliche Aufwendungen, die sich im Rahmen des von der Kommission beschlossenen Arbeitsprogramms für Dokumentation, Zuziehung aussenstehender Expertinnen und Experten u.a.m. ergeben, können Sonderbeiträge erhoben werden. Diese Beiträge müssen jedoch gleichzeitig mit der betreffenden Massnahme von der Kommission beschlossen und können nicht nachträglich eingefordert werden.

V.

Beschlüsse

Die Kommission trifft ihre Entscheide nach mündlicher Beratung in Form einfacher oder verbindlicher Beschlüsse.

1. Einfacher Beschluss
Empfehlungen oder Meinungsäusserungen der SMIFK zu Händen der in der SMIFK zusammengeschlossenen Fakultäten und Institutionen oder zu Händen aussenstehender Kreise werden als einfache Beschlüsse gefasst.

Gegenstand eines einfachen Beschlusses können alle Geschäfte sein, die auf der Traktandenliste angeführt sind. Sie werden in offener Abstimmung entschieden.

Stimmberechtigt sind die ordentlichen Delegierten oder Ersatzdelegierten. Entscheidend ist die Mehrheit der anwesenden Delegierten. Der Präsident stimmt nicht, trifft jedoch bei Stimmengleichheit den Stichentscheid.

Im Falle von Beschlüssen der Kommission, die sich auf eine Mehrheit der Fakultäten und angeschlossenen Institutionen stützen, sind auch die in der Abstimmung unterlegenen Minderheitsanträge Dritten gegenüber vorzutragen.

2. Verbindlicher Beschluss

Auf übereinstimmenden Antrag der Delegierten einer Fakultät oder auf Antrag des Präsidenten kann ein einfacher Beschluss über ein Geschäft, das auf der Traktandenliste aufgeführt ist, in einer zweiten Abstimmung für die angeschlossenen Fakultäten verbindlich erklärt werden.

In der Abstimmung über die Verbindlichkeit haben nur die Delegierten der Fakultäten Stimmrecht. Jeder Fakultätsdelegierte hat eine Stimme. Entscheidend ist die Mehrheit der anwesenden Fakultätsdelegierten. Der Präsident hat kein Stimmrecht, gibt jedoch bei Stimmengleichheit den Stichentscheid.

Im Anschluss an die Abstimmung wird der Wortlaut des verbindlichen Beschlusses den Fakultäten schriftlich bekanntgegeben, mit der Aufforderung zur schriftlichen Zustimmung innert einer festgesetzten Frist. Ausbleiben der schriftlichen Antwort seitens einer Fakultät innert der angesetzten Frist gilt als Zustimmung. Bei Zustimmung der Mehrheit der Fakultäten wird der verbindliche Beschluss in der darauffolgenden Sitzung der Kommission entgegengenommen und in Kraft gesetzt.

Ein verbindlicher Beschluss, der innert der angesetzten Frist nicht von der Mehrheit der Fakultäten ausdrücklich oder stillschweigend bestätigt worden ist, fällt dahin.

3. Durchsetzung des verbindlichen Beschlusses

Die der Kommission angeschlossenen Fakultäten sind gehalten, einen verbindlichen Beschluss innert nützlicher Frist durchzuführen und nötigenfalls ihre internen Reglemente darauf abzustimmen. Vorbehalten bleiben jedoch die für die einzelne Fakultät massgebenden kantonalen Gesetze und übergeordneten Erlasse ihrer Universität.

Eine Fakultät, die wegen entgegenstehender gesetzlicher oder übergeordneter Vorschriften ihrer Universität nicht in der Lage ist, einen verbindlichen Beschluss durchzuführen, wird von der Verpflichtung befreit, wenn sie belegt, dass sie die notwendigen Änderungen mit gebührendem Nachdruck bei den zuständigen Instanzen beantragt hat.

VI.

Verfahren zur Revision der Vereinbarung

1. Der Vorschlag für eine Revision der Vereinbarung ist als selbständiges Traktandum auf die Traktandenliste der nächsten Sitzung zu setzen.
2. Der definitive Text des Revisionsvorschlages ist der Traktandenliste beizulegen.
3. Der Revisionsvorschlag kommt an der nächsten Sitzung zur mündlichen Beratung. Sofern der Text nicht oder nur redaktionell verändert wird, wird über ihn in der gleichen Sitzung Beschluss gefasst. Bei Vornahme von materiellen Änderungen wird die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung verschoben. Eine Rückweisung zur Überarbeitung bleibt vorbehalten.
4. Die Zustimmung zu einem Revisionsvorschlag erfordert 2/3 der Stimmen der anwesenden Delegierten. Wird das Quorum nicht erreicht, so gilt der Vorschlag als abgelehnt.
5. Wird das Quorum erreicht, so wird der revidierte Text schriftlich in deutscher und französischer Sprache allen Delegierten der SMIFK sowie den Dekaninnen und Dekanen der angeschlossenen Fakultäten und den Präsidenten und Direktoren der angeschlossenen Verbände, Ämter und Institutionen unter Ansetzung einer angemessenen Frist zur Prüfung und Erhebung allfälliger Einsprachen zugestellt.
6. Wenn keine Einsprachen erhoben werden, wird der Beschluss an der nächstfolgenden Sitzung in Kraft gesetzt.
7. Allfällige Einsprachen müssen mit der Einladung zur nächsten Sitzung schriftlich bekanntgegeben und in der Sitzung dem Revisionsvorschlag in einer Abstimmung gegenübergestellt werden. Die definitive Annahme erfordert ein Quorum von 2/3 der anwesenden Delegierten. Wird das Quorum nicht erreicht, so gilt der Vorschlag als abgelehnt.

Diese Niederschrift des Organisationsstatuts entspricht dem Stand vom 11. Juni 2025.

I.

La Commission interfacultés médicale suisse (CIMS)² est une communauté de travail des facultés responsables des études et de la formation médicale, de même que d'autres organisations participant ou s'intéressant à ces tâches.

II.

Composition

La Commission se compose des délégué-e-s des facultés et organisations affiliées ainsi que du comité. Elle peut faire appel à des expert-e-s et s'adjoindre des invité-e-s.

1. Délégué-e-s

La période administrative est fixée par les instances délégantes. Elle sera d'un an au minimum mais n'excédera pas quatre ans. Une réélection est possible. Le nom des membres ordinaires des délégations ainsi qu'un nombre correspondant de membres suppléants doivent être communiqués au secrétariat de la CIMS.

En cas d'absence, les déléguées et délégués avec droit de vote peuvent uniquement être remplacés par les délégué-e-s suppléants élus par l'instance délégante.

Chaque délégué-e présent-e a droit à 1 voix.

1.1 Facultés

Principe:

- Les facultés offrant un programme d'étude Bachelor ont droit à 1 délégué-e;
- Les facultés offrant un programme d'étude Master ont droit à 1 délégué-e;
- Les facultés offrant un programme d'étude Bachelor et Master ont droit à 2 délégué-e-s;
- Les facultés qui contribuent à un programme d'étude d'au minimum 90 ECTS sur leur site sans comptabiliser le travail de Master et auprès desquelles les étudiantes et étudiants concernés sont immatriculés ont droit à 1 délégué-e;
- Les facultés qui contribuent à un programme d'étude pour moins de 90 ECTS ont le droit d'assister aux séances avec une personne invitée (voir ch. II.3).
- Les facultés qui préparent un programme d'étude ont le droit d'assister aux séances avec une personne invitée (voir ch. II.3).

Facultés de médecine des universités de Bâle, Berne,

Genève, Lausanne et Zurich

chacune

2 délégué-e-s

Faculté des sciences et de médecine de l'Université de Fribourg

2 délégué-e-s

² Ci-après la «Commission»

	Faculté médicale de l'Università della Svizzera italiana	1 délégué-e
	Département des sciences et technologies de la santé de l'Ecole polytechnique fédérale de Zurich	1 délégué-e
	Faculté des sciences de la santé et de médecine de l'Université de Lucerne	1 délégué-e
	School of Medicine de l'Université de St-Gall	1 délégué-e
	Faculté de sciences de l'Université de Neuchâtel	0 délégué-e-s
1.2	<u>Associations</u>	
	Fédération des médecins suisses (FMH)	2 délégué-e-s
	Association suisse des médecins-assistant(e)s et chef(fe)s de clinique (ASMAC)	2 délégué-e-s
	Swiss Medical Students' Association (swimsa)	2 délégué-e-s
1.3	<u>Offices et autres institutions</u>	
	Office fédéral de la santé publique (OFSP)	1 délégué-e
	Commission des professions médicales (MEBEKO)	1 délégué-e
	Département fédéral DDPS EMA - Affaires sanitaires	1 délégué-e
	Conférence suisse des hautes écoles (CSHE)	1 délégué-e
	Institut suisse pour la formation médicale postgraduée et continue (ISFM)	1 délégué-e

2. Expert-e-s

Pour l'étude de problèmes spéciaux, notamment pour des questions de recherche en matière d'enseignement et d'examens, de médecine de catastrophe, d'engagement des médecins dans le tiers-monde, etc., il peut être fait appel à des expert-e-s à titre temporaire ou permanent.

Les expertes et experts sont nommés par la CIMS sur proposition de la présidente ou du président.

3. Invité-e-s

Les doyennes et doyens des facultés (chiffre 1.1), les présidentes et présidents ainsi que les directrices et directeurs des associations, institutions et offices affiliés (chiffres 1.2 et 1.3) qui ne sont pas membres ordinaires d'une délégation ont le droit d'assister à toutes les séances de la CIMS comme invité-e-s.

Une personne représentant la Conférence des directrices et directeurs cantonaux de l'instruction publique est invitée à toutes les séances.

Une personne représentant la Faculté des sciences de l'Université de Neuchâtel est invitée à toutes les séances.

Deux personnes représentant les facultés des sciences des universités de Berne, Genève, Lausanne et Zurich sont invitées à toutes les séances.

Les facultés qui contribuent à un programme d'étude pour moins de 90 ECTS sont invitées à toutes les séances avec un-e invité-e.

Les facultés qui préparent un programme d'étude ont le droit d'assister aux séances en tant qu'invitées sur invitation de la présidente ou du président.

La présidente ou le président de la Commission d'examen médecine humaine et un-e représentant-e de swissuniversities sont invités à toutes les séances.

La convocation d'autres personnes invitées est laissée à la libre appréciation de la présidente ou du président.

4. Comité

La Commission désigne un-e président-e et un-e vice-président-e parmi les déléguées et délégués des facultés, et cela pour une période administrative de quatre ans. L'élection intervient à la majorité simple des déléguées et délégués présents. La présidente ou le président ne représente plus sa faculté. Celle-ci doit désigner une nouvelle déléguée ou un nouveau délégué à sa place.

La présidente ou le président, secondé par le secrétariat, liquide les affaires courantes, prépare les séances de la Commission et représente la CIMS envers des tiers.

La vice-présidente ou le vice-président remplace la présidente ou le président en cas d'empêchement.

Le secrétariat de la CIMS est assumé par le Secrétariat général de la Fédération des médecins suisses (FMH).

III.

Tâches

La Commission a pour tâche:

1. D'assurer l'information réciproque des facultés et des organisations affiliées à la Commission, afin
2. de coordonner les programmes et les méthodes d'enseignement des diverses facultés en vue de la formation requise pour le diplôme fédéral de médecin au sens de la loi fédérale sur les professions médicales universitaires (LPMéd) du 23 juin 2006;
3. de traiter les questions se rapportant au but des études médicales, à la formation

des étudiantes et étudiants en médecine, aux examens pour le diplôme fédéral de médecin et à la formation postgraduée des médecins;

4. de représenter les facultés et les organisations affiliées, dans leur ensemble, auprès des autorités fédérales et cantonales, notamment auprès de la Conférence universitaire suisse, du Conseil suisse de la science et de la MEBEKO.

IV.

Modalités de travail

1. La Commission se réunit au moins deux fois par an en séance ordinaire. Elle est convoquée et dirigée par la présidente ou le président. La convocation et l'ordre du jour sont adressés, pour information, aux doyen-ne-s des facultés et aux président-e-s des organisations affiliées. Les déléguées et délégués empêchés d'assister à une séance veillent à se faire remplacer par leur suppléant-e.
2. Une séance extraordinaire peut être demandée en tout temps soit par deux facultés et une des organisations affiliées, soit par deux organisations affiliées et une faculté. Leur demande devra être accompagnée de l'ordre du jour dûment motivé. La présidente ou le président fixe le plus rapidement possible la date de la séance et envoie la convocation y relative.
3. La Commission atteint son quorum lorsque 8 des 10 facultés sont représentées et en présence de 11 des 16 délégué-e-s.
4. La Commission délibère librement et vote à main levée. Sur demande unanime des délégué-e-s d'une faculté ou d'une organisation, le vote doit se faire au scrutin secret.
5. La Commission peut désigner à son gré des personnes ou commissions spéciales auxquelles elle confie la préparation ou l'élaboration de certaines tâches. Les commissions spéciales présentent périodiquement, mais au moins une fois par an, un rapport écrit à la Commission, éventuellement assorti de propositions. Leurs membres participent aux délibérations de la Commission lorsque leur domaine y est traité, mais ne disposent du droit de vote que s'ils sont délégués ordinaires. De manière analogue, la Commission peut faire appel à des expert-e-s pour ses délibérations.
6. Les délibérations sont consignées dans un procès-verbal rédigé par le secrétariat et communiqué aux membres des délégations.

7. Préparation des affaires

Pour préparer certaines affaires et pour renforcer la coordination entre les facultés, la présidente ou le président peut convoquer une conférence des doyen-ne-s.

8. Financement

Les facultés, associations, offices et institutions avec droit de vote contribuent aux frais généraux habituels (travail, ports et matériel du secrétariat, dépenses de la présidente ou du président, etc.), à l'exception de la swimsa. La Commission fixe le montant de ces contributions ; s'agissant des facultés, elle tient compte de la participation de chacune d'elles à l'ensemble du programme de formation. Les comptes annuels sont soumis à la Commission pour approbation.

Les facultés, associations, offices et institutions rémunèrent selon leur libre appréciation le travail et les frais de leurs délégué-e-s.

Pour couvrir des débours extraordinaires entrant dans le cadre du programme des travaux établi par la Commission, notamment : documentation, recours à des expert-e-s externes et autres mesures, des contributions spéciales peuvent être perçues. Elles devront cependant être fixées au moment même où la Commission décide de ces mesures et ne seront pas exigibles après coup.

V.

Décisions

La Commission prend ses décisions après délibérations sous la forme de décisions simples ou obligatoires.

1. Décisions simples

Les décisions simples représentent une libre appréciation ou recommandation de la CIMS destinée aux facultés et institutions affiliées à la CIMS ou adressée à d'autres milieux.

Tous les objets figurant à l'ordre du jour peuvent donner lieu à une décision simple. Celle-ci est prise à main levée. Chaque délégué-e ordinaire ou suppléant-e a droit à une voix. La majorité des déléguées et délégués présents est requise. La présidente ou le président n'a pas droit de vote mais départage les voix en cas d'égalité. Lorsque des décisions prises par la Commission se fondent sur une majorité des facultés et des organisations affiliées, les propositions émises par la minorité lors du vote doivent également être exposées aux tiers.

2. Décisions obligatoires

A la demande de l'ensemble des délégué-e-s d'une faculté ou de la présidente ou du président de la Commission, une décision simple prise sur un objet figurant à l'ordre du jour peut, dans un second vote, être déclarée obligatoire pour toutes les facultés affiliées.

Seules les personnes déléguées par les facultés ont droit de vote pour déclarer obligatoire une décision. Chaque délégué-e a droit à une voix. La majorité des déléguées et délégués de facultés présents fait foi. La présidente ou le président n'a pas droit de vote, mais départage les voix en cas d'égalité.

Lorsqu'une décision obligatoire a été votée, sa teneur est communiquée par écrit aux facultés et un délai leur est imparti pour la ratifier par écrit. A défaut d'un tel accord écrit notifié par une faculté dans le délai prescrit, son assentiment est admis. Lorsque la majorité des facultés est acquise, la décision obligatoire est adoptée et mise en vigueur lors de la prochaine séance de commission.

Si une décision obligatoire n'est pas confirmée expressément ou tacitement par la majorité des facultés dans les délais voulus, elle est nulle et non avenue.

3. Application d'une décision obligatoire

Les facultés affiliées à la Commission sont tenues d'appliquer dans les délais utiles une décision obligatoire et d'y adapter au besoin leurs règlements internes. Sont réservés néanmoins les lois cantonales et les décrets supérieurs de l'université engageant la faculté.

Lorsqu'en raison de dispositions contraires découlant d'une loi ou d'un décret supérieur de son université une faculté n'est pas en mesure d'appliquer une décision obligatoire, elle en est dispensée si elle apporte la preuve d'être intervenue avec la fermeté voulue auprès des autorités compétentes en leur proposant d'adopter la modification en cause.

VI.

Procédure de révision de la convention

1. La proposition pour une révision de la convention est à inscrire comme objet spécifique à l'ordre du jour de la prochaine séance.
2. Le texte définitif du projet de révision sera joint à l'ordre du jour.
3. Le projet de révision doit être traité de vive voix lors de la prochaine séance. Si le texte n'est pas modifié ou sur le plan de sa rédaction uniquement, il fera l'objet

d'une décision au cours de la même séance. En cas de modification sur le fond, la décision est reportée à la séance suivante. Un renvoi pour remaniement demeure réservé.

4. L'approbation du projet de révision requiert les 2/3 des voix des déléguées et délégués présents. Si ce quorum n'est pas atteint, le projet est rejeté.
5. Si ce quorum est atteint, le texte révisé sera adressé par écrit en allemand et en français à l'ensemble des délégué-e-s de la CIMS, aux doyennes et doyens des facultés, aux présidentes et présidents ainsi qu'aux directrices et directeurs des associations, institutions et offices affiliés, en leur donnant un délai raisonnable pour étudier le texte et émettre d'éventuelles objections.
6. Si aucune opposition n'est formulée, la décision entrera en vigueur lors de la prochaine séance.
7. Les objections éventuelles doivent être communiquées par écrit avec la convocation à la prochaine séance au cours de laquelle elles seront confrontées au projet de révision; le vote tranchera. L'approbation définitive requiert un quorum de 2/3 des déléguées et délégués présents. Si le quorum n'est pas atteint, le projet est rejeté.

Cette mise par écrit des statuts est datée du 11 juin 2025.